

04.08.2022

N i e d e r s c h r i f t

über die 14. (916.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 04.08.2022, 19.30 Uhr, im großen Saal im Haus der Insel

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Gerrit Agena
Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Uwe Garrels
Ratsherr Jan Martin Janssen
Ratsfrau Bärbel Kraus
Ratsfrau Daniela Peters
Ratsherr Till Martin Peters
Ratsherr Michael Recktenwald
Ratsherr Rüdiger Schmidt

Es fehlt entschuldigt:

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Tourismusmanager Nils Jenssen
Protokollführung Katja Heimes

Als Gast:

Leiter Reedereibetrieb Jens Heyen

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Bürgermeisterin Horn begrüßt die im Publikum sitzende Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Wittmund, Frau Karin Garlichs.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Es werden keine Anträge gestellt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 2. (904.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 17.11.2021

Die Niederschrift über die 2. (904.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 17.11.2021 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 2. (904.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 17.11.2021 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die 4. (906.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 05.01.2022

Die Niederschrift über die 4. (906.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 05.01.2022 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 4. (906.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 05.01.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 6: Genehmigung der Niederschrift über die 10. (912.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 14.06.2022

Die Niederschrift über die 10. (912.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 14.06.2022 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 10. (912.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 14.06.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 7: Genehmigung der Niederschrift über die 11. (913.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 14.06.2022

Die Niederschrift über die 11. (913.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 14.06.2022 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 11. (913.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 14.06.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 8: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 9: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Olaf Hube

Herr Hube verweist auf den Tagesordnungspunkt 20 und stellt die Frage, ob auch berücksichtigt werde, dass viele Kleinunternehmen nur eine Wohnung benötigen würden.

Bürgermeisterin Horn erläutert, das Konzept sehe vor, dass außer, das Seitens der Kommune das Grundstück (ausschließlich für Dauerwohnraum) im Rahmen von Erbpacht zur Verfügung gestellt werde, die Kommune nicht weiter involviert sei. Alles Weitere laufe über die Unternehmen, in welcher Rechtsform auch immer. Sie verweist als Beispiel auf das Nordsee-Kollektiv in St. Peter Ording.

Andreas Moselage

Herr Moselage äußert seine Verwunderung über auffällig viele nichtöffentliche Sitzungen. Weiterhin verweist er auf den letzten Betriebsausschuss und möchte wissen, ob es eine neue Information zum KWC gebe.

Bürgermeisterin Horn verweist auf Themen, die dem Datenschutz unterliegen und daher in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden müssen. Es gebe auch nichtöffentliche Beschlüsse. Diese müssen allerdings dann in öffentlicher Sitzung bekannt gemacht werden.

Zu Punkt 10: Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG

**hier: Vereinbarung zwischen dem Landkreis Wittmund und den kreisangehörigen Gemeinden über die Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe
(s. Vorlage VO22-130)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

Zu Punkt 11: Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG

**hier: Schifffahrtstarif Tagesgäste
(s. Vorlage VO22-161)**

Bürgermeisterin Horn erläutert den Sachverhalt.

Ratsfrau Peters fragt nach der Resonanz.

Leiter Reedereibetrieb Heyen antwortet, dass das Familienticket gut angenommen werde.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass bisher online 435 Tickets verkauft wurden.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 12: Neubau Baubetriebshof Vorstellung der Vorplanung
(s. Vorlage Nr. VO22-136)**

Ratsherr Garrels verweist auf die Diskussionen bezüglich der Kosten. Er sei der Meinung, der Bauhof müsse dringend erneuert und energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die einzuhaltenden gesetzlichen Bestimmungen. Aktuell sei dies in dem Gebäude nicht möglich.

Der Rat beschließt einstimmig die Ingenieureleistung Neubau Baubetriebshof nach HOAi Leistungsphase 3 bis 9 auszuschreiben und das Ergebnis dem Rat zur Vergabe vorzulegen.

**Zu Punkt 13: Erstellung eines Baubetriebshofes auf dem stillgelegten Deponiegelände am Schniederdamm
Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 2 Absatz 1 BauGB
(s. Vorlage Nr. VO22-137)**

Der Rat beschließt einstimmig die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch für den geplanten Baubetriebshof auf dem stillgelegten Deponiegelände am Schniederdamm.

Zu Punkt 14: Antrag Rüdiger Schmidt, Ratsgruppe Langeoogers
Umsetzung Erschließung neues Gewerbegebiet Melkerpad
(s. Vorlage Nr. VO22-138)

Ratsherr Schmidt fände es schade, wenn der Antrag zurückgestellt werde. Es gehe zunächst erst einmal nur um die Änderung des Bebauungsplanes für die Zulassung von Wohnraum. Der Bedarf sollte über eine Ausschreibung erfasst werden. Er appelliert entsprechend dem Beschlussvorschlag des Bauausschusses zu beschließen, um bei Bedarf schnell agieren zu können.

Stv. Bürgermeisterin Spies erläutert ihre ablehnende Entscheidung mit der Finanzlage der Gemeinde. Der Mietwohnungsbau habe Priorität. Außerdem verweist sie auf den Tagesordnungspunkt 20. Hier könnte ohne hohe Erschließungskosten Wohnraum geschaffen werden.

Ratsherr Janssen spricht sich zunächst für eine Interessensabfrage aus. Die Bewerber müssten bereits im Vorfeld auch die Erschließungskosten übernehmen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, man wisse die Kosten für die Erschließung nicht, womit eine Abfrage auch nicht weiterhelfe, da die Interessenten die Kosten nicht kennen und damit auch keine sichere Bankauskunft bekommen können.

Kämmerin Baller verweist auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen. Der Haushalt werde durch die wirtschaftliche Lage stark belastet sein und man müsse gucken, was wirklich dringlich anliege.

Allgemeiner Vertreter Heimes schlägt vor, diesen Ansatz mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen und die Empfehlung aus dem Bauausschuss zu ergänzen, dass man im Rahmen der Haushaltsplanungen prüft, welche Mittel im Haushaltsplan 2023 zur Verfügung stehen.

Bürgermeisterin Horn stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag aus dem Bauausschuss entsprechend zu ergänzen.

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung

- die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes L „Erweiterung des Gewerbegebietes am Schniederdamm“ gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch wie folgt empfohlen.
- Es wird ein Sondergebiet im Sinne des § 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt, dass Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie Betriebsleiter, Betriebsinhaber und Betriebsangehörige von Betrieben im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes L als auch von Betrieben auf Langeoog, die sich nicht im räumlichen Geltungsbereich befinden, zulässt. Die Wohnungen müssen der gewerblichen Hauptnutzung gegenüber untergeordnet sein.
- Das Ingenieurbüro Thalen aus Neuenburg wird mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes L beauftragt und
- Parallel dazu werden die aktuellen Kosten für die Erschließung ermittelt.
- **Die Umsetzung erfolgt vorbehaltlich der vorhandenen Mittel im Haushaltsplan 2023.**

Zu Punkt 15: Nutzung eines Fahrzeugs für die Anhängerverladung im Hafen Benersiel
(s. Vorlage Nr. VO22-141)

Der Rat beschließt einstimmig, die öffentliche Ausschreibung von zwei Verladefahrzeugen nach den für die Anforderungen vorgegebenen Fahrzeugdaten für die Anhängerverladung im Hafen Benersiel und Langeoog.

Zu Punkt 16: Vergabe Rahmenvereinbarung Unterhaltungsarbeiten von waffahrenden Fahrgast- und Frachtschiffen
(s. Vorlage Nr. VO22-142)

Der Rat beschließt einstimmig die Vergabe einer Rahmenvereinbarung für die Wertzeiten der Schiffe, für die Jahre 2023 bis 2025, mit der Option auf 1 Jahr Verlängerung, an die Schiffswerft Diedrich GmbH.

Zu Punkt 17: Fahrplan 2022/2023
(s. Vorlage Nr. VO22-144)

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus hält im Winterfahrplan die letzte Abfahrt für zu knapp kalkuliert und schlägt vor, die Abfahrt auf 18.00 Uhr zu legen.

Leiter Reedereibetrieb Heyen erklärt, die Taktung erfolge immer gleich. Im Gegenteil, man gewinne 15 Minuten. Er verweist auf die Abfahrt 06.45 Uhr ab Benersiel und 07.15 Uhr ab Langeoog. Dies sei die gleiche Taktung. In der Regel habe man keine Probleme.

Ratsherr Janssen nimmt Bezug auf die Streichung der 08.15 Uhr Abfahrt am Wochenende (Sommerfahrplan). Er sehe bei großem Wechsel aber den Bedarf und den fehlenden Service.

Leiter Reedereibetrieb Heyen erläutert die Fahrgastzahlen. Der Einsatz eines zweiten Schiffes zur 11.30 Uhr Abfahrt sehe er als sinnvoller an.

Ratsherr Garrels spricht sich für den Fahrplan aus. Sobald alle Brücken wieder im Einsatz seien, würden auch die Zeiten wieder eingehalten werden können.

Bürgermeisterin Horn äußert, man müsse auch die Wirtschaftlichkeit sehen. Zukünftig sollen aber zu besonderen Anlässen, wie z. B. zum Besuch des Schützenfestes in Esens, wieder Sonderschiffe eingesetzt werden.

Ratsfrau Peters regt in diesem Zusammenhang nochmals an, sporadisch sonntags abends eine Spätfähre anzubieten.

Der Rat beschließt einstimmig die Schiffe nach dem vorgeschlagenen Fahrplan der Schifffahrt und des TSL ab dem 31.10.2022 einzusetzen.

Zu Punkt 18: Neubau Kur- und Wellness-Center
2. Bauabschnitt
Genehmigung Auftrag Lüftungsarbeiten 1. OG
(s. Vorlage Nr. VO22-145)

Ratsherr Garrels bringt vor, dass das Gespräch mit Herrn Reccius bereits stattgefunden habe und somit der Vorbehalt erledigt sei. Aus dem Gespräch habe er entnommen, dass laut Herrn Reccius eine Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes nicht erforderlich sei.

Tourismusmanager Jenssen bestätigt die Aussage von Herrn Reccius.

Ratsherr Recktenwald hat dem Gespräch mit Herrn Reccius entnommen, dass aufgrund von Gefahr in Verzug das Rechnungsprüfungsamt nicht beteiligt werden müsse.

Der Rat beschließt einstimmig den Auftrag für die geänderte Lüftungsanlage im 1. OG des Neubaus KWC (2. Bauabschnitt) zum Angebotspreis von 131.381,28 EUR zzgl. MwSt. an die Fa. Air-Konzept GmbH & Co. KG, 26683 Saterland, zu vergeben.

Zu Punkt 19: Konzessionsverfahren Strom und Gas Ratsbeschluss über den Zuschlag
(s. Vorlage Nr. VO22-153)

Ratsfrau Peters kann dem Vertrag nur wohlwollend zustimmen. Es seien grandiose Verbesserungen erzielt worden.

Bürgermeisterin Horn bedankt ausdrücklich für die zielorientierte und erfolgreiche Arbeit von Kämmerin Baller und Abteilungsleiter Sjuts.

Der Rat beschließt einstimmig im Verfahren zum Neuabschluss der Konzessionsverträge Strom und Gas nach § 46 EnWG den Zuschlag auf das Schlussangebot der EWE NETZ GmbH zu erteilen. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die als Anlagen 1 und 2 beigefügten Strom- und Gaskonzessionsverträge mit der EWE NETZ GmbH abzuschließen.

Zu Punkt 20: Antrag der Verwaltung auf die Zuweisung eines Grundstücks im Erbbaurecht
für Unternehmer:innen zum Bau von Mitarbeiterwohnungen
(s. Vorlage Nr. VO22-158)

Ratsherr Janssen regt an, eine Abfrage zu starten, ob es bauwillige Insulaner gebe, die einen Hausbau auf Erbbau für Privatpersonen durchführen möchten.

Bürgermeisterin Horn unterstützt den Vorschlag. Seitens der Verwaltung sei dies auch im Rahmen des Mietwohnungsbaus vorgeschlagen worden. Seitens der Mietwohnungs AG sei dies aber derzeit nicht vorgesehen.

Ratsherr Garrels erklärt, dass der Auftrag der Mietwohnungs AG sei, sich mit dem Mietwohnungsbau auf dem Internatsgelände zu beschäftigen und nicht mit Einzelhäusern. Er begrüße die Möglichkeit, dass Unternehmer sich zusammenschließen können, um die Kosten für den Bau zu verringern. Wichtig sei, dass die Verträge beachtet werden und die Mieten nicht zu hoch gesetzt werden.

Ratsfrau Kraus äußert ebenfalls ihre Zustimmung. Ihrer Meinung nach sollten aber langfristige, konkrete Regelungen eingeführt werden, die absolut ausschließen, dass nach Ablauf der Pachtzeit das Grundstück in Privateigentum geht, sondern wieder zurück an die Gemeinde.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass nach Ablauf der Erbbauzeit das Grundstück immer an den Erbbaurechtsgeber zurückgehe.

Der Rat beschließt einstimmig die Verwaltung zu beauftragen, dem Rat für den Dauerwohnraum geeignete Grundstücke, die von auf der Insel ansässigen Dienstleistern bebaut werden können, vorzuschlagen.

Zu Punkt 21: Anträge und Anfragen

1. Ratsfrau Kraus verliest und überreicht einen Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen – Recktenwald „Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen – Recktenwald auf Abstimmung über eine Erneuerbare-Energien-Initiative in unserer Kommune“.

Sie erläutert, diesen Antrag hätten die Grünen bundesweit bekommen, um ihn in ihren Kommunen vorzubringen. Die Bundesregierung habe im letzten Monat fünf neue Gesetze für neue energiepolitische Wege verabschiedet. Sie sei mit der nationalen Klimaschutzinitiative im Gespräch. Die Förderung für den Klimaschutzmanager soll bevorzugt bearbeitet werden. Sie ignoriere nicht die personelle Situation der Verwaltung. Die Beantragung dränge und wurde von der Bundesregierung auf fünf Monate Bearbeitungszeit verkürzt. Sie habe die Auskunft, man habe gute Aussichten.

Ratsherr Janssen teilt ergänzend mit, dass er sich im Vorfeld mit dem Antrag befasst habe. Für den Klimaschutzbeauftragten gebe es einen Beschluss. Sobald ein Klimaschutzmanager tätig werde, nehme er der Verwaltung die Arbeit zum Erreichen der Klimaschutzziele ab. Die Arbeit komme auf alle Kommunen zu. Er sehe auch die finanzielle Verbesserung. Man habe ein Invest von € 30.000,00. Wenn damit aber die energetische Sanierung und die Klimaschutzziele erreicht werden, unterstütze er dies auf jeden Fall.

2. Ratsherr Recktenwald bringt vor, dass der Grabschmuckcontainer auf dem Dünfriedhof inzwischen von Insulanern genutzt werde, um ihren Grünschnitt zu entsorgen. Zudem werden dort auch in Plastik eingewickelte Blumen entsorgt. Er kritisiert dieses Verhalten. Zudem könne man von Gästen nicht eine einwandfreie Entsorgung verlangen, wenn die Insulaner dies nicht selber vorleben.
3. Bürgermeisterin Horn verweist auf den Haushaltsplan. Es kommen hohe Kosten auf die Kommune für die Unterbringung und Zuweisung von Flüchtlingen aus der Ukraine zu. Es sei eine gesetzliche, aber auch moralische Verpflichtung. Diese Kosten gehen zu Lasten der Gemeinde. Sie äußert, dass trotz Ratsbeschlüssen es nicht heiße, dass sich auch alles im Haushalt wiederfinde. Der Rat müsse entscheiden, was im Haushalt aufgenommen werden soll. Aufgabe der Kämmerin sei es, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, der ansonsten nicht vom Rechnungsprüfungsamt genehmigt würde. Ohne genehmigten Haushalt gebe es keinen Mietwohnungsbau. Der diesjährige Haushalt werde eine hehre Aufgabe. Sie verweist auf das fehlende Konzept für das Land Niedersachsen. Man habe eine Investitionssperre. Was auch bedeute, man könne keine Fördermittel beantragen. Es stehe noch die Aufgabe an, für die touristisch genutzten Liegenschaften die Wirtschaftlichkeit vorzulegen. In den letzten vier Monaten habe es große Veränderungen gegeben. Ab Montag beginne die Zuweisung der Flüchtlinge. Hiermit sei man intensiv beschäftigt. Sie sehe nicht, den Antrag von Frau Kraus wie gewünscht bis zur Ratssitzung im September vorlegen zu können.

Ratsfrau Kraus berichtet über ein Telefonat mit der nationalen Klimaschutz-Initiative und der ZUG (Die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft, Berlin). Von dort bestehe die Ansicht, die Kerngemeinde stehe gesund da und dieser Antrag werde über die Kerngemeinde gestellt. Beim ZUG heiße es, dass eine Kommune als finanzschwach gelte, wenn sie im Haushaltssicherungskonzept befinde. Dies sei jetzt erweitert worden auf eine Bescheinigung der finanziellen Situation der Gemeinde. Wenn die Gemeinde Langeoog als „finanzschwach“ eingestuft würde, würde eine 100%tige Förderung erfolgen.

Kämmerin Baller legt nochmals dar, dass der Entschuldungsvertrag mit der Gemeinde geschlossen wurde. Die Gemeinde sei verpflichtet den Tourismus-Service auszugleichen und dies im Haushalt darzustellen. Als finanzschwach werden nach der bisherigen Regelung Kommunen bezeichnet, die eine geringe Steuereinnahmekraft haben. Langeoog habe aber eine hohe Steuereinnahmekraft.

4. Ratsherr Recktenwald verweist auf die anstehende regelmäßige Zuweisung von Flüchtlingen aus der Ukraine. Die Menschen hätten Schlimmstes erlebe. Er appelliert an die Insulaner Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Zu Punkt 22: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

- a. Bürgermeisterin Horn berichtet über die regelmäßige Zuweisung von Ukraine-Flüchtlingen auf die Insel. Gemeinsam mit den übrigen Kommunen des Landkreises werde ein Konzept erarbeitet. Die Inseln seien auf Dauer kein guter Aufenthaltsort. Flüchtlinge bekommen seit dem 01.06. Unterhalt über das Jobcenter. Nichts desto trotz sei geplant eine Person wöchentlich auf die Insel zu schicken. Es gebe keine Wahl. Wenn kein Wohnraum zur Verfügung stehe, müssen öffentliche Gebäude zur Verfügung gestellt werden. Bürgermeisterin Horn schließt sich dem Aufruf von Ratsherrn Recktwald an Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
- b. Bürgermeisterin Horn berichtet über die Förderung zum Thema „Insellotsen“. Diese Person kümmere sich um die Insularen Belange. Man habe den Zuschlag erhalten und bereite die Ausschreibung vor. Man werde einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragen.

Zu Punkt 23: Einwohnerfragestunde

Olaf Hube

Herr Hube berichtet über Verwirrungen bezüglich dem diesjährigen Beginn des Bauverbots und fragt nach dem Grund.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass Ausnahmen vom Baustopp im Verwaltungsausschuss beschlossen werden. Aufgrund von Schwierigkeiten bei Materiallieferungen habe es Anträge auf Verlängerungen der Bauzeit gegeben. Die Baustellen seien im Anschluss entsprechend kontrolliert worden.

Ron Piekarski

Herr Piekarski verweist auf die Ausleihe von Fahrzeugen der Gemeinde an Privatunternehmen. Er habe dies von Allgemeiner Vertreter Heimes schon beantwortet bekommen, wolle aber nochmals eine öffentliche Erklärung. Er fragt, welche Voraussetzungen für eine solche Ausleihe bestehen. Was koste es, wie müsse beantragt werden und wer entscheide darüber. Für ihn habe der Vorgang einen faden Beigeschmack. Die Regelungen sollten für alle gleich sein.

Bürgermeisterin Horn erklärt, Herr Piekarski habe dies Anfang des Jahres für zwei E-Karren ebenfalls beantragt, weil es Lieferschwierigkeiten gegeben habe. Der Vorgang sei geprüft worden. Aufgrund fehlender Vorlagen sei die Ausleihe nicht zustande gekommen.

Wenn für Unternehmer eine Notsituation vorliege und Handlungsunfähigkeit drohe die Gäste zu versorgen und zeitgleich ein Fahrzeug seitens der Gemeinde zur Verfügung stehe und der Nutzer dann über entsprechende Führerscheine und Versicherungen verfüge, würde die Kommune unterstützen. Dies erfolge immer mit der Maßgabe, dass ein Fahrzeug zur Verfügung stehe.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt die Ausführungen, dass es eine solche Situation bisher nicht gegeben habe. Im Fall Piekarski habe sich eine Unterstützung aus verschiedenen Gründen nicht ergeben. In dem aktuellen Fall sei das Fahrzeug auf seine Entscheidung hin kurzfristig zur Verfügung gestellt worden. Die eigene Arbeitsleistung habe immer Vorrang. Hier habe kurzfristig ein Fahrzeug zur Verfügung gestanden.

Herr Piekarski verweist auf den § 58 des NKomVG. Für ihn hätte es eine Ratsentscheidung sein müssen.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Hauptsatzung und die Wertgrenzen. Es habe sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung gehandelt.

Olaf Hube

Herr Hube fragt nach dem Stand der Brücken.

Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet, die Brücken seien abgenommen und freigegeben. Der Messfehler werde noch überarbeitet. Für die weitere Durchführung des Sanierungskonzeptes müssen die Liegeplätze wieder gesperrt werden. Für die Saison habe man die Priorität bei den Fußgängerbrücken gesehen. Die Containerbrücken sollen in der Zeit mit weniger Gästeaufkommen hergestellt werden.

Klaus Kremer verweist in diesem Zusammenhang auf die Nutzung der Langeooger Brücke.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Heckverriegelung angepasst werden müsse und daher noch die alte Brücke im Einsatz sei.

Andreas Moselage

Herr Moselage habe von einem Gäste- und Beförderungsrückgang von 30 % gehört und möchte wissen, ob die Zahl stimme und ob es Erkenntnisse gebe, woran es liegen könnte.

Bürgermeisterin Horn bestätigt die Zahl. Aus diesem Grunde sei das Familienticket eingeführt worden. Ähnliche Rückgänge würden auch auf den Nachbarinseln verzeichnet. Grund dafür seien insgesamt weniger Touristen und die Sorge der Bürger, was aufgrund der Wirtschaftskrise auf sie zukomme und daher wohl die Ausgaben überdacht.

Ratsherr Recktenwald fügt hinzu, dass entsprechend einer Mitteilung der Dehoga das Kauf- und Buchungsverhalten bundesweit stark rückgängig sei.

Zu Punkt 24: Schließung der Sitzung

Ende der Sitzung: 21.07 Uhr



Gerrit Agena
Ratsvorsitzender



Katja Heimes
Protokollführerin



Heike Horn
Bürgermeisterin